

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Michael Hofmann

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Florian Köhler

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Christoph Maier

Abg. Toni Schuberl

Abg. Felix Locke

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

**Klaus Holetschek, Ilse Aigner, Michael Hofmann u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN),**

**Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion
(SPD)**

zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (Drs. 19/676)

- Erste Lesung -

Eine Begründung erfolgt nicht. Damit kommen wir gleich zur Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile Herrn Kollegen Michael Hofmann das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident – und für das Protokoll, weil gerade ein Wechsel stattfindet –, sehr geehrte Frau Präsidentin! Wir beraten heute den Entwurf eines Abgeordnetengesetzes in Erster Lesung. Dieser Gesetzentwurf ist aus zwei Gründen notwendig. Zum Ersten geht es immer um die Frage: Welchen Wert hat die Tätigkeit eines Abgeordneten eigentlich? – Dazu gibt es draußen in der Bevölkerung immer intensive Diskussionen, die auch nachvollziehbar sind. Am Ende des Tages entscheidet aber immer das Parlament darüber, wie die Vergütung aussieht. Das bringt auch viele Neider mit auf den Plan, das ist vollkommen klar. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass der Beruf, die Tätigkeit, die Vergütung eines Abgeordneten so attraktiv gehalten sein muss, dass wir auch die richtig guten Köpfe in das Parlament bekommen.

Ich glaube, in den letzten Jahren haben wir immer eine sehr gute Lösung auf den Weg gebracht, indem wir auf Vorschlag einer entsprechenden Kommission eine Vergütung

beschließen, die sich in der Art eines Vergleichs darauf bezieht, in welcher Form ähnliche Berufsgruppen in der Vergangenheit ihre Vergütung angepasst bekommen haben. Ich glaube, diese Vorgehensweise hat sich bewährt. An der Stelle bedanke ich mich auch bei den anderen demokratischen Fraktionen hier im Raum, dass wir diesen Gesetzentwurf gemeinsam einbringen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Schulterschluss, auch in der Diskussion mit den Menschen draußen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir regeln darüber hinaus noch einige redaktionelle Passagen im Abgeordnetengesetz.

Der zweite entscheidende Punkt ist allerdings durchaus eine Zäsur im Nachkriegsparlament, hier im Hohen Haus; denn all die Jahrzehnte über hat es vollkommen ausgereicht, dass es hier, in diesem Raum, wenn es zu Grenzüberschreitungen gekommen ist, eine Rüge gab. Seit der letzten Legislaturperiode, als eine Fraktion mit radikalen Ansichten und extremistischen Köpfen hier Einzug gehalten hat – –

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Zuerufe von der AfD: Frechheit! Unverschämtheit!)

– Ich glaube nicht, Herr Kollege, dass das eine Frechheit ist. Ich werde das auch belegen. Seitdem diese Fraktion hier Einzug gehalten hat, stellen wir schlicht und ergreifend fest, dass es in diesem Parlament mit einer Rüge allein nicht mehr getan ist. Diese Fraktion hat die letzten fünf Jahre dazu genutzt, mit Pöbeleien, mit bewussten Grenzüberschreitungen, mit Provokationen und einer Verrohung der Sprache und der Sitten den Parlamentarismus lächerlich zu machen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie hat das einfach aus dem plumpen Beweggrund heraus getan, weil sie diesen Parlamentarismus im Innersten ablehnt.

(Zuruf von der AfD: Lüge!)

Das möchte sie denjenigen, die sie wählen, auch zeigen, und dementsprechend hatten wir in der letzten Legislaturperiode unter anderem den Vorfall, dass bei einer Gedenkstunde zum Nationalismus – Entschuldigung: zum Nationalsozialismus – –

(Zuruf von der AfD)

– Danke schön. Ich weiß, dass Sie immer alles perfekt aussprechen, weil Ihnen immer alles vorgeschrieben wird.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Von daher habe ich kein Problem, wenn ich da einmal einen Versprecher habe. Sie müssen es auch nicht, wie ein Kollege von Ihnen das tat, das nächste Mal als "Gestammel" bezeichnen. Ich stehe da über der Sache. Ich will aber auf diese Grenzüberschreitungen hinweisen, die Sie hier in den letzten Jahren vollzogen haben. Bei einer Gedenkstunde, bei der Frau Knobloch gesprochen hat, ist Ihre Fraktion geschlossen ausgezogen.

(Christoph Maier (AfD): Das war keine Plenarsitzung!)

– Das ist doch der absolute Knaller! Welches weiteren Beweises bedarf es, wenn man sich hierhinstellt oder auch hinsetzt und sagt: Das war ja keine Plenarsitzung?

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich bin schockiert. Glauben Sie denn – haben Sie den Gesetzentwurf überhaupt gelesen? –, dass Sie die Würde des Hauses nur dann beschädigen, wenn Sie nur in einer Plenarsitzung über die Stränge schlagen? – Sie schädigen die Würde des Hauses auch dann, wenn Sie in einer Gedenkveranstaltung zum Nationalsozialismus ausziehen, obwohl eine verdiente Persönlichkeit wie Frau Charlotte Knobloch hier eine Rede hält. Sie sollten sich einmal den Spiegel vorhalten!

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Man überlege sich, dass es hier auch einen Kollegen gibt, der meinte, er müsste mit einer Gasmasken ans Rednerpult, um hier ganz bewusst einen Bezug zur Geschichte unseres Landes herzustellen, um dieses Parlament lächerlich zu machen, und das im Rahmen einer Diskussion um die wirklich schwierige Corona-Krise. Auch das ist eine Grenzüberschreitung, der allein mit einer Rüge nicht mehr begegnet werden kann.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Oder wenn ich feststelle, dass sich ein Kollege bei einer Rede, noch dazu vor einer Plenarpause, hier mit einem Plakat hinstellt, um eine Rednerin der Opposition aus dem Gleichgewicht zu bringen und zu irritieren, einfach als Protestdemonstration, dann muss ich doch sagen: Das ist am Ende des Tages eines Parlamentes nicht würdig. Da reicht eine Rüge nicht mehr.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Was soll denn die nächste Stufe sein? Werden Sie hier auch noch handgreiflich, wie wir das aus anderen Parlamenten kennen? Wie soll das ablaufen?

(Zurufe von der AfD)

– Ich traue Ihnen das zu. Deswegen bringen wir diesen Gesetzentwurf ein, mit dem wir es nicht bei einer Rüge belassen, sondern mit dem wir jetzt den Ordnungsruf einführen, der auch mit entsprechenden empfindlichen finanziellen Sanktionen belegt werden kann, nämlich mit bis zu 2.000 Euro oder bis zu 4.000 Euro im Wiederholungsfall. Darüber wird dann aber nicht allein die Sitzungsleitung entscheiden, sondern darüber muss das Präsidium entscheiden, damit dies auf einer ausgewogenen Basis geschieht. Ich glaube, dass wir in diesem Zusammenhang den richtigen Weg gehen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Allerdings bin ich fest davon überzeugt, dass auch wir als die demokratischen Fraktionen ein solches Mittel brauchen; denn wie oft waren wir hier im Plenarsaal gesessen und wussten uns fast nicht zu helfen, als diese Fraktion mit so üblen Machenschaften aufgetreten ist. Wir haben uns zwischenzeitlich wirklich am Riemen reißen müssen, um uns nicht auf dieses niedrige Niveau herabzulassen und das Spiel dieser Fraktion damit mitzuspielen. Für viele war das deswegen schwierig, weil es keine richtigen Sanktionen gegeben hat, weil man gedacht hat, man ist gegenüber solchen Pöbeleien und bewussten Grenzüberschreitungen in einer gewissen Art und Weise wehrlos. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf so wichtig.

Ich habe hier im Parlament von diesem Podium aus schon mehrmals gesagt: Eine Demokratie beweist sich auch dann, wenn sie nicht aus falsch verstandener Toleranz nichts unternimmt, sondern mit entsprechender Konsequenz und Schärfe gegen diejenigen vorgeht, die sie beschädigen wollen. Das tun wir mit diesem Gesetzentwurf. Ich wäre herzlich dankbar, wenn wir diesen Gesetzentwurf in großer Einigkeit – darin sehe ich für uns als demokratische Fraktionen eine große Chance – miteinander verabschieden. Damit zeigen wir den Menschen draußen: Erstens, wir lassen uns von dieser Fraktion nicht auf dieses plumpe und erniedrigende Niveau herunterziehen, und zweitens, wir zeigen, dass die Demokratie wehrhaft ist und sich nicht auf der Nase herumtanzen lässt.

Ich hoffe, dass wir im Ausschuss gute Beratungen haben und wir dieses Gesetz hier in wenigen Wochen verabschieden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hofmann!

(Michael Hofmann (CSU): Das können Sie sich sparen! Das "geschätzt" können Sie sich sparen!)

Ich schätze jeden Kollegen hier, und deshalb spreche ich Sie auch so an, wenngleich Ihre Rede sehr, sehr verbittert war. Ich weiß nicht, woher diese Verbitterung kommt. Das, was Sie gerade angesprochen haben, ist doch eigentlich sehr, sehr einseitig. Sie werfen hier Parlamentariern vor, dass sie, zumal in einer nichtparlamentarischen Sitzung, einmal rein- und rausgehen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es doch nicht! – Weitere Zurufe)

Schauen Sie sich einmal Ihre Reihen an, wie viele Leute hier momentan gerade herausgegangen sind. Sie haben die letzte Plenarsitzung hier im Bayerischen Landtag mitbekommen. Ihr Koalitionspartner, die FREIEN WÄHLER – von den GRÜNEN und von der SPD will ich gar nicht sprechen – haben sich hier umgedreht, sich mit dem Rücken zum Redner hingesezt. Sie haben die Ehre des Hohen Hauses mit Füßen getreten und haben ganz bewusst Ihre Missachtung dieses Parlaments ausgedrückt. Was sagen Sie dazu?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Missachtung gegenüber den Rechtsextremen! Gegen die AfD! – Gegenruf von der AfD: Sie dürfen es ja, aber wir nicht!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Hofmann hat das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege! Erstens. Es braucht etwas mehr als jemanden wie Sie oder Ihre Fraktion, dass ich in diesem Zusammenhang verbittert wäre.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Das, was ich hier dargestellt habe, war überhaupt nicht einseitig; denn alle drei Handlungen, die ich hier vorgetragen habe, stammten nur von Ihrer Fraktion.

Keine andere Fraktion, kein anderes Mitglied dieses Parlaments hat sich so verhalten wie Sie.

– Sie können schon mit dem Finger zeigen; das machen Sie immer besonders gern. Sie zeigen mit den Fingern, sollten aber besser auf sich zeigen. Offensichtlich haben Sie mir nämlich nicht zugehört. Sie haben mich gefragt, warum ich einseitig bin. Ich bin nicht einseitig gewesen. Wenn Sie mir zugehört hätten, was Sie offensichtlich jetzt auch wieder nicht können,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich habe eine Frage gestellt!)

hätten Sie das in diesem Zusammenhang auch gewusst.

Ein Letztes. Haben Sie das richtig wahrgenommen? Ich habe mich beim letzten Mal nicht umgedreht. Ich fand die Rede, die Ihr Kollege in diesem Zusammenhang gehalten hat, erschreckend; hier wurde von einer Besatzungsmacht gesprochen. Das interessiert mich in diesem Zusammenhang aber nicht; denn ich lasse mich nicht auf Ihr Niveau herunterziehen. Das habe ich in der Begründung zum Gesetzentwurf deutlich gemacht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht als Nächster der Herr Kollege Jürgen Mistol.

(Zuruf von der AfD: Warum nicht die AfD? – Michael Hofmann (CSU): Weil sie miteinreichen!)

– Genau: Weil die GRÜNEN miteinreichend sind. Jetzt war ich kurzfristig irritiert. – Jetzt hat der Kollege das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt eine Reihenfolge. Wenn mehrere Fraktionen gemeinsam einen Gesetzentwurf einreichen, dann sind diese Fraktionen zuerst dran.

Der Fokus liegt auch auf dem Wort "gemeinsam". Gemeinsam mit den Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD bringen wir GRÜNE heute einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes und – ich füge hinzu – zur Stärkung der Debattenkultur in den Landtag ein.

Es stellt sich die Frage: Warum müssen bei den Ordnungsmaßnahmen, mit denen wir hier im Hause über Jahrzehnte hinweg gut zurechtgekommen sind, im Bayerischen Abgeordnetengesetz überhaupt nachschärfen? – Auf diese Frage gibt es eine ganz klare Antwort: Seit dem Einzug der AfD in diesen Landtag in der letzten Legislaturperiode hat die Debattenkultur enormen Schaden genommen. Die AfD beschimpft und beleidigt; sie hetzt, und sie macht demokratische Institutionen verächtlich. All das hat bei der AfD Methode. Sie provoziert gezielt, um Schlagzeilen zu generieren – das zeigt die hohe Zahl von Rügen, die in der letzten Legislaturperiode in Richtung der AfD ausgesprochen wurden.

Die AfD lässt sich von einer Rüge offenbar nicht beeindrucken. Das ist das Learning, das wir gehabt haben. Sie lässt sich in den sozialen Medien für Rügen sogar feiern, und sie trägt diese wie Trophäen vor sich her.

Das Ordnungsgeld, das wir einführen, ist ein weitaus schärferes Schwert, schärfer als der Ordnungsruf; in besonders krassen Fällen droht der Ausschluss von bis zu zehn Sitzungen.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin der festen Überzeugung, dass das Innere des Parlaments geschützt werden muss. Auch Verstöße gegen die Hausordnung durch Abgeordnete dulden wir nicht. Wir akzeptieren hier im Haus keine Trinkgelage Abgeordneter mit rechtsnationalen Burschenschaftlern wie im letzten Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU)

Auch in solchen Fällen kann das Präsidium künftig gegen Abgeordnete ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 2.000 Euro und im Wiederholungsfall von bis zu 4.000 Euro festsetzen, und das ist gut so.

Aber wird das alles ausreichen? – Ich fürchte: nein. Im nächsten Schritt wollen wir GRÜNE erreichen, dass von Abgeordneten beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eindeutig nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, künftig nicht mehr aus Steuergeldern bezahlt werden. Nicht erst seit den BR-Recherchen zur Mitarbeiterbeschäftigung wissen wir: Wir haben es mit Leuten zu tun, die sich in Vereinen, Burschenschaften, Institutionen und Netzwerken tummeln, die als rechtsextrem eingestuft sind. Das ist alarmierend. Hier sagen wir GRÜNE: Da müssen wir weiter nachschärfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wie wir als Abgeordnete im Landtag miteinander umgehen, wie wir miteinander diskutieren, beeinflusst unsere demokratische Kultur. Es prägt das Bild von uns Parlamentariern bei den Menschen draußen. Wenn im Landtag wild gepöbelt, beschimpft, beleidigt wird, warum sollten sich die Leute im Land dann anders verhalten? Wir müssen uns unserer Vorbildfunktion wirklich bewusst werden; denn viele Umfragen zeigen uns, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen abnimmt. Hiergegen steuern wir heute an.

Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Abgeordneten, die ganz offensichtlich nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, mit Steuergeldern bezahlt werden, kann das das Vertrauen der Menschen in dieses Hohe Haus ebenfalls erheblich erschüttern. Das nehmen wir uns für morgen vor. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Dann sage ich gleich noch etwas zur Geschäftsordnung über die Rednerreihenfolge, aber erst die Zwischenbemerkung vom Kollegen Florian Köhler.

Florian Köhler (AfD): Herr Kollege Mistol, Sie haben gerade gesagt: Wie wir miteinander umgehen, das präge die Diskussionskultur. Ich stimme Ihnen zu. Da müssen wir keine Freunde oder dergleichen werden. Ich muss die GRÜNEN auch nicht heiraten. Aber ich darf beobachten, dass sich GRÜNEN-Abgeordnete, wenn Abgeordnete oder Mitarbeiter der AfD-Fraktion in Aufzüge treten, demonstrativ wegdrehen und nicht einmal grüßen. GRÜNEN-Abgeordnete verweigern Abgeordneten-Kollegen im Ausschuss den Handschlag bis hin dazu, dass sie sich der Peinlichkeit hingeben und nach Desinfektionsmittel rufen, weil man einem AfD-Kollegen die Hand geschüttelt hat. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das ist unterirdisch und spricht von Ihrer Unkultur.

Auch möchte ich wissen: Geloben Sie Besserung als GRÜNEN-Fraktion, wenn Sie hier meinen, wie wir miteinander umgehen, präge die Diskussionskultur?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Köhler, ich weiß gar nicht, warum Sie hier so wehleidig reagieren. Die neuen Regeln, die wir heute auf den Weg bringen, gelten für alle Fraktionen. Ihr Jägerlatein, das Sie gerade vorgebracht haben, beeindruckt mich gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Maier, zu der Frage der Rednerreihenfolge verweise ich auf § 104 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung. Danach kommt jetzt erst Frau Kollegin Dr. Strohmayer. Dann kommen Sie und anschließend der Kollege Locke.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debattenkultur im Hohen Haus hat in der letzten Zeit massiv

gelitten. Ich bin schon einige Legislaturperioden Abgeordnete hier im Bayerischen Landtag. Ich kann sagen: Das gab es früher einfach nicht. Pöbeleien und Hetze erleben wir inzwischen in jeder Sitzung. Es ist mitunter echt eine Herausforderung, hier am Rednerpult zu stehen. Klar, auch das möchte ich sagen, stehe ich für eine Streitbare Debattenkultur. Aber diese Fraktion rechts außen feiert ihre Rügen regelrecht.

(Beifall bei der SPD)

Die AfD missbraucht den Landtag als Bühne für ihre rechtsextreme Hetze und ist auch noch stolz darauf. Sie versuchen, unser Parlament, unsere Demokratie in den Schmutz zu ziehen, und verbreiten auch hier im Landtag, hier im Parlament, Hass und Hetze. Ihre Strategie ist es, die Grenzen des Sagbaren Schritt für Schritt nach rechts außen zu verschieben.

(Zuruf von der AfD: Zurechtzurücken!)

Wir hüten die Demokratie und bleiben wehrhaft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

Wir möchten an dieser Stelle der Präsidentin für ihre Initiative danken. Zusammen mit den Fraktionen, die unsere Verfassung achten, bringen wir heute diesen Gesetzesentwurf ein. Dieser gemeinsame Gesetzesentwurf ist ausgewogen. Er ist ein Vorbild für andere Landtage. Auch im Bundestag ist geplant, die Strafen zu verschärfen. Mit diesem Gesetz setzen wir auf der einen Seite einen klaren Rahmen und ermöglichen auf der anderen Seite Einzelentscheidungen. Zuständig wird das Präsidium sein, das diese sicherlich nicht einfache Aufgabe wahrnehmen wird.

Ja, es muss finanziell wehtun, hier im Plenarsaal andauernd zu pöbeln, Hass und Hetze zu verbreiten;

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

denn wir müssen uns immer wieder dessen bewusst sein: Wir alle sind von der Allgemeinheit finanziert. Unser Auftrag ist es, um das Beste für die Allgemeinheit zu ringen. Dazu gehört es sicherlich nicht, gegen die wichtigsten Pfeiler unserer Demokratie zu verstoßen. Umso wichtiger ist es – Herr Kollege, da gebe ich Ihnen recht –, dass wir uns als Nächstes gemeinsam, analog zu diesem Gesetzesentwurf, dranmachen zu überlegen, wie es gehen kann, dass Rechtsaußen-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter einzelner Abgeordneter oder diese Fraktion zukünftig kein Steuergeld mehr bekommen. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der SPD)

Zurück zum aktuellen Gesetzesentwurf. Pöbeleien, Hass und Hetze haben hier nichts zu suchen. Wir sind die Herzkammer des Parlamentarismus in Bayern. Das muss in unseren Auseinandersetzungen auch nach außen sichtbar werden. Ich sage: hart in der Sache, aber immer auf dem Boden der Demokratie. – Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt erteile ich dem Kollegen Christoph Maier das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes erfolgt heute in Erster Lesung auf Antrag der Kartellfraktionen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wesentlicher Inhalt der Änderung ist die Einführung des Artikels 4a, der Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder des Landtags ermöglichen soll. Bei einer Verletzung der Ordnung oder der Würde des Landtags in einer Plenarsitzung sollen Ordnungsgelder in Höhe von 2.000 Euro, im Wiederholungsfall von bis zu 4.000 Euro durch das Präsidium verhängt werden dürfen. Außerdem soll ein Mitglied des Landtags mit Mehrheits-

entscheidung von der Teilnahme an bis zu zehn Plenarsitzungen dieser Vollversammlung ausgeschlossen werden können.

(Zuruf von der CSU: Dann muss man sich benehmen! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Bei einer Verletzung der Hausordnung sollen ebenfalls Bußgelder verhängt werden dürfen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Mit diesem Gesetz kann Frau Landtagspräsidentin Aigner nunmehr umsetzen, was sie bereits zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt hat. Bereits kurz nach der letzten Landtagswahl hat die Landtagspräsidentin in der Presse großspurig verlauten lassen, einen Demokratiekodex und Bußgelder für Mitglieder des Landtags einführen zu wollen.

(Zuruf von der CSU: Schon mal überlegt, warum?)

Dabei meinte sie ausdrücklich, dass die Bußgelder nicht so hoch wie im Bundestag, wo das Ordnungsgeld derzeit 1.000 Euro beträgt, ausfallen sollten. Einige Monate später muss die Landtagspräsidentin ihre Vorstellung von einem Demokratiekodex mangels Unterstützung zurücknehmen und lässt heute den Landtag über den doppelten Betrag beraten, also über 2.000 Euro, wie er für Bundestagsabgeordnete gilt.

(Zuruf von der CSU: Sie lässt ihn nicht beraten, wir haben den Gesetzentwurf eingebracht!)

In diesem Hohen Haus herrscht nicht mehr der Geist einer Liberalitas Bavarica, sondern hier spukt der Geist einer Dominanta Bavarica.

(Beifall bei der AfD)

Dass die Kartellfraktionen ihre Hauptaufgabe genau darin sehen, zeigt sich daran, dass diese Verschärfung des Abgeordnetengesetzes in dieser Legislatur ihr erster Gesetzentwurf ist, während die AfD hier in diesem Landtag bereits einen Gesetzentwurf für ein Minarettverbot eingereicht hat und damit für die Bürger Bayerns arbeitet.

(Beifall bei der AfD)

Sie arbeiten nicht für die Bürger Bayerns – Sie arbeiten gegen die AfD, und zwar nicht mit Sacharbeit, sondern ausschließlich mit dem Ziel, den Einfluss und die Repräsentation der Alternative für Deutschland in diesem Hohen Haus als größte Oppositionsfraktion zu begrenzen und zu beschneiden.

(Beifall bei der AfD)

So wurden die Kandidatenvorschläge für die uns zustehenden Ämter – Vizepräsident, Schriftführer und Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium – abgelehnt. Die Geschäftsordnung des Landtags wurde extra geändert, um uns den Zugriff auf wichtige Ausschussvorsitze zu versagen bzw. unsere Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertreter wurden nicht gewählt. Bereits jetzt besteht damit ein Zerrbild der demokratischen Präsentation. Mit diesem Gesetz erfolgt der nächste Angriff des Kartells gegen die repräsentative Demokratie und den Meinungspluralismus;

(Zuruf von der CSU)

denn ausgerechnet im Parlament soll jetzt der politische Diskurs über Ordnungsgeld und Sitzungsausschlüsse gesteuert werden. Es ist ein offenes, heute sogar ausgesprochenes Geheimnis, dass diese Ordnungsmaßnahmen eben nur ergriffen werden, um die Abgeordneten der AfD-Fraktion bei erteilten Rügen zusätzlich finanziell zu bestrafen. Dabei sind die Begrifflichkeiten wie "Würde des Landtags" so unbestimmt, dass ein zu großer Einschätzungsspielraum für das Präsidium besteht, der geradezu zu einer politisch motivierten und damit rechtsmissbräuchlichen Anwendung verleitet.

(Beifall bei der AfD)

Das Vertrauen in eine objektive und neutrale Sitzungsleitung wird auch nicht dadurch gestärkt, dass die Vertreter der AfD aus dem Präsidium vollständig herausgehalten werden. Auch entspricht der Rechtsschutz gegen eine willkürliche Handhabung dieser Ordnungsmaßnahmen nicht den Mindestvoraussetzungen eines Rechtsstaats. Vor Erlass eines derartigen Eingriffs in das freie Mandat gibt es weder den Anspruch auf ein rechtliches Gehör noch außergerichtliche Rechtsbehelfe, die diesen Namen verdienen. Der aufgezeigte Rechtsweg zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof ist eine Farce, da dort kein effektiver Rechtsschutz erwartet werden kann.

(Martin Wagle (CSU): Oha! – Michael Hofmann (CSU): Das ist mal eine Aussage!)

Auch die Abgeordnetenrechtskommission hat zu Recht einige Kritikpunkte angemerkt, die in diesem Entwurf nicht berücksichtigt werden. Dieses Maulkorbgesetz der Kartellfraktionen ist eine parlamentarische Kapitulationserklärung, da es den Kartellparteien, da es Ihnen nicht gelingt, unsere politischen Forderungen hier inhaltlich zu widerlegen.

(Beifall bei der AfD – Lachen des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das ist ein neuer Tiefpunkt und zugleich ein Angriff auf die Demokratie und die Meinungsfreiheit. Sie wollen die Steuerung des politischen Diskurses einleiten und versuchen damit, die Kritiker der illegalen Massenzuwanderung und der Klimaideologie in Bayern mundtot zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Über die Hausordnung sollen dem Landtag Zugangsbeschränkungen für Oppositionelle angeordnet werden, die bei Verstößen dagegen dann sanktioniert werden. Sie wollen damit erreichen, dass dieses Hohe Haus nur noch einem exklusiven Kreis zusteht, und zwar denjenigen, die auf Ihrer politischen Linie sind.

(Michael Hofmann (CSU): Wie kann man nur so verbohrt sein?)

Wir werden dieses Gesetz ablehnen und in der weiteren Beratung die schweren verfassungsrechtlichen Mängel beanstanden, wie zum Beispiel den Sitzungsausschluss von Abgeordneten durch eine Tyrannei der Mehrheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Maßnahmen und Mittel, die in der Vergangenheit gegen die Alternative für Deutschland angewandt wurden, haben uns nicht geschwächt, sondern nur noch stärker gemacht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da sagen die Umfragen aber was anderes! – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Alle Maßnahmen und Mittel, die nicht zu unserer vollständigen Zerstörung führen –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Christoph Maier (AfD): –, führen zu unserem vollständigen Sieg.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bleiben Sie noch da. Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Zur Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Toni Schuberl von den GRÜNEN das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Die Diffamierung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, die Sie gerade in Ihrer Rede betrieben haben, möchte ich aufs Schärfste zurückweisen. Einem Abgeordneten des Bayerischen Parlamentes steht es auch nicht gut zu Gesicht, ein Oberstes Verfassungsorgan so anzugreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Maier, dem kann ich zustimmen.

Christoph Maier (AfD): Ich habe darauf hingewiesen, dass der aufgezeigte Rechtsweg in dieser Form eine Farce ist, weil wir keinen effektiven Rechtsschutz erwarten können. Wir haben einige Klagen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof anhängig. Die liegen dort mehrere Jahre. Sie werden nicht bearbeitet, und wir bekommen keine Entscheidungen in der Sache. Daher sage ich: Ein effektiver Rechtsschutz ist eben nur effektiv, wenn er auch schnell ist.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Diesen schnellen Rechtsschutz haben wir aktuell nicht, weil Sie nicht in der Lage sind, dieses Gericht ordentlich mit Personal und Material auszustatten.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht der Kollege Felix Locke.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Maier, ich sage vielen lieben Dank, dass Sie mal wieder betont haben, wie treu Sie zu geltendem Recht und auch dessen Umsetzung stehen. Dann habe ich mal eine Frage an Sie: Wann schließen Sie endlich Ihren Kollegen Halemba, wie es auch Ihrem gefassten Parteitagsbeschluss entspricht, aus der Fraktion aus?

(Karin Ebner-Steiner (AfD): Wann schließen Sie Streibl aus?)

Ich habe nämlich langsam keine Lust mehr, immer nach Ihnen zu reden, um einfach immer klarzustellen, mit welchen Falschwahrheiten und Beschuldigungen und auch mit welchen sonstigen Beleidigungen Sie uns hier konfrontieren. Komischerweise schaffen Sie es auch immer, zu jedem Tagesordnungspunkt Ihr einziges Thema, die Migration, herauszuspielen. Ich freue mich mal, wenn wir eine Rede haben, in der nicht die Migration das Argument für Ihre Themen ist. Das ist traurig – und ich bin hier jetzt seit knapp 140, 150 Tagen gewählter Abgeordneter –, welche Kultur in diesem Hohen Haus teilweise herrscht.

Frau Präsidentin und liebe Sitzungsleiter, Sie haben meinen höchsten Respekt; denn hier eine Sitzung zu leiten, ist wahrlich nicht einfach. Ich freue mich, dass wir als FREIE WÄHLER, als CSU, als SPD und als GRÜNEN-Fraktion Ihnen ein zusätzliches Mittel für eine Entschärfung in dieser Debattenkultur geben;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

denn für mich und meine Fraktion ist ganz klar: Wir reden hier nicht nur über ein Gesetz oder über eine Änderung eines Gesetzes, sondern diese Abstimmung ist auch ein klares Bekenntnis zu unseren demokratischen Werten, für die wir stehen, zu einer Diskussionskultur, in der die freie Rede ein hohes Gut ist, aber in der Taten, die nicht in dieses Hohe Haus passen, eben auch bestraft werden können. In Zeiten, in denen Sie rumlaufen und Rügen wie Trophäen in Social Media herumposaunen, muss es eben auch weitere Möglichkeiten geben. Ich stelle mich dem auch gerne. Diese Regelungen gelten auch für mich und meine Kollegen. Ich bin auch kein Kind von Traurigkeit; aber ich weiß, wann es genug ist, und ich weiß auch, wann das Gute aufhört und wann Hass und Hetze und Beleidigungen eben nur noch dazu dienen, diesem Hohen Haus und unseren Kolleginnen und Kollegen zu schaden. Da muss man klar einen Riegel vorschieben.

Ich freue mich auch über die breite Zustimmung meiner Fraktion, der CSU-Fraktion, der GRÜNEN-Fraktion und der SPD-Fraktion, dass wir eben jetzt diese Möglichkeiten haben. Aber damit muss und darf dieses Thema auch leider nicht zu Ende argumentiert sein; denn wir merken auch, dass wir nicht nur in diesem Hohen Haus demokratische Feinde haben, sondern dass auch hinter der ersten Reihe zunehmend Menschen in diesem Parlament, die eben nicht die Gesinnung des demokratischen Miteinanders tragen, für Abgeordnete arbeiten. Da freue ich mich, dass wir jetzt keinen Schnellschuss machen, dass wir nicht überhastet an der einen oder anderen Stelle einfach versuchen, zusätzlich noch das Thema der Angestellten hier in dieses Gesetz hereinzubringen, sondern dass man sich dafür auch Zeit nimmt und an der einen oder anderen Stelle vernünftig abwägt, welche Möglichkeiten es gibt, Extremisten aus

allen Lagern die Möglichkeit von Anstellungsverhältnissen bei den die Fraktionen und auch bei den Abgeordneten zu unterbinden.

Letztlich muss gesagt sein, dass ich mir wieder mehr Kommunalpolitik auch hier in diesem Hohen Hause wünsche; denn in der Kommunalpolitik funktioniert das Miteinander besonders gut. Wenn man mich fragen würde, was der Unterschied ist, warum es in der Kommunalpolitik funktioniert und warum es hier im Hohen Haus vielleicht nicht funktioniert, dann kann man vielleicht sagen: weil es anders ist. Ich sage ganz klar, der große Unterschied ist: Eine Fraktion, die hier sitzt, ist in den Kommunalparlamenten Gott sei Dank nicht vertreten,

(Widerspruch bei der AfD)

und daher funktioniert das gute Miteinander.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Florian Köhler von der AfD das Wort.

Florian Köhler (AfD): Lieber Herr Kollege Locke, hier spricht ein Kreis- und Bezirksrat als ein amtierender Kommunalpolitiker der AfD. Sie haben gerade bemängelt, wir seien so gemein zu Ihnen, wir würden gegen die guten Sitten verstoßen, würden die Würde des Hohen Hauses verletzen, und Sie wünschten sich doch etwas mehr Kommunalpolitik. Jetzt habe ich durchaus auch Fotobelege, wie Sie, Herr Streibl und auch Herr Pohl, sich bei der Rede von Herrn Oskar Atzinger – über die Rede kann man sicherlich streiten – alle drei da vorne umgedreht haben. Finden Sie in Ihrem Verhalten eine Verletzung der Würde des Hohen Hauses,

(Florian von Brunn (SPD): Die Rede war eine Verletzung des Hohen Hauses!)

und würden Sie sich beim Plenum, bei der Fraktion und bei Herrn Atzinger dafür entschuldigen?

(Beifall bei der AfD)

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Bei Ihrer Zwischenbemerkung wäre ich fast ins Grinsen gekommen. Die Rede von Herrn Atzinger war eine Beleidigung für dieses Hohe Haus. Mehr muss ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich frage mich wirklich,

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

ob Sie im Kreistag und auch in den Gemeindeparlamenten über Kartellparteien, über Asyl und dergleichen genauso herziehen. Dann sind auch Ihre Kollegen in den Kommunalparlamenten nicht zu beneiden. Die tun mir leid, dass sie sich mit Ihnen dann auch in einem Sitzungssaal abgeben müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE) und Florian von Brunn (SPD))

Präsidentin Ilse Aigner: Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Damit ist das so beschlossen.